



Hochschulzeitung

TECHNISCHE HOCHSCHULE DRESDEN - ORGAN DER SED-PARTEIORGANISATION

Ergebnisreiche Tage

Gedanken zum Abschluß der III. Deutsch-Tschechoslowakischen Hochschultage

Ehe unsere Prager Gäste am 18. Juni die Heimreise antraten, bat die Redaktion der „HZ“ die Herren Professoren Prikryl und Trnka um ihre Meinung, ob die diesjährigen Hochschultage ihren Erwartungen entsprochen und die gewünschten Ergebnisse gebracht haben.

„Alles, was wir von den III. Deutsch-Tschechoslowakischen Hochschultagen erhofften“, antwortete uns Professor Trnka, „erfüllte sich. Neue Verbindungen zwischen den Hochschullehrern wurden aufgenommen, bereits vorhandene gefestigt und vertieft. Die Fachvorträge waren gut durchdacht und führten zu einer lebendigen Diskussion. Das einleitende Referat von Herrn Professor Frühauf bildete zusammen mit anderen Vorträgen eine breite Basis für das im Mittelpunkt stehende Problem, die Bedeutung der Technologie für die Industrie und die Ausbildung von Technologen.“

Gerade auf die letzte Frage ging Herr Prof. Prikryl besonders ein.

„Das Kolloquium über die Ausbildung von Technologen brachte nach meinem Dafürhalten für alle Beteiligten sehr nützliche Ergebnisse, auch wenn darüber, welche Art der Ausbildung den optimalen Erfolg verspricht, keine Einstimmigkeit erzielt werden konnte. Mir persönlich haben die Offenheit der Diskussion und die geschickte Diskussionsleitung durch Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Gruner gefallen.“

Und so gestatten Sie mir, an dieser Stelle zu bemerken, daß mir unsere Methode, Technologen auszubilden, nämlich auf der Grundausbildung des Maschinenbauingenieurs aufzubauen, als die optimalere erscheint.

Der Unterschied zwischen Maschinenbau- und Lebensmitteltechnologie etwa ist zu groß, um beide Fachrichtungen in

einer Fakultät zusammenzufassen. Wir haben deshalb keine spezielle Fakultät für Technologie, sondern gliedern die technologische Ausbildung dem jeweiligen Grundlagenfach an. Andererseits gibt es in vielen Punkten Übereinstimmung zwischen Ihnen und uns in bezug auf die Ausbildung. So entspricht die Verteilung des Lehrstoffes auf die Unter- und Oberstufe auch meinen Vorstellungen. Wir sind ebenfalls dafür, den Studenten breite Grundlagenkenntnisse zu vermitteln und eine frühzeitige übermäßige Spezialisierung zu vermeiden. Hier muß ich einfügen, daß gerade diese Frage Universalmaschinenbauingenieur oder einseitig versierter Spezialist auch bei uns in der CSSR noch umstritten ist. Um den Diplomingenieur, der mit einer soliden Allgemeinbildung in die Praxis kommt, auch zu einem guten Spezialisten zu entwickeln, führten wir die sogenannten post-graduellen Kurse ein. Diese Lehrgänge, die auf Spezialgebiete ausgerichtet sind, enden mit einer Prüfung und sind für den Diplomingenieur der Nachweise eines höheren Grades der Ausbildung.

Unser beiderseitiges Bemühen, das Niveau der Ausbildung zu erhöhen, schließt auch einen verstärkten Austausch von Assistenten zwischen beiden Hochschulen ein. Das wird nicht nur vom fachlichen Standpunkt aus vorteilhaft sein, sondern auch die jungen Kader politisch-ideologisch weiterführen, indem sie mit den Verhältnissen des sozialistischen Nachbarlandes stärker vertraut werden.“

In diesem Sinne versicherte Prorektor Professor Kvasil auf dem Abschlußempfang des Rektors, daß die gemeinsamen Hochschultage ihr Teil zur Festigung der ständigen Zusammenarbeit zwischen der CSSR und der DDR beizutragen haben. Er sprach die Hoffnung aus, daß die enge und freundschaftliche Verbindung zwischen den beiden Regierungen, den Hochschulen und Betrieben sowie zwischen den tschechoslowakischen Werktätigen und den der DDR auch künftig zwischen einem geeinten Deutschland und der CSSR bestehen möge. Dieses geeinte Deutschland könne nur auf demokratischer Grundlage und mit Unterstützung der Länder des Friedenslagers, an deren Spitze die Sowjetunion steht, herbeigeführt werden.



Professor Dr.-Ing. H. Frühauf zum Staatssekretär ernannt

Im Zusammenhang mit dem Ministeratsbeschuß über die Lenkung und Koordinierung von Forschung und Technik und die neuen Aufgaben des Forschungsrates beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik wurde Nationalpreisträger Professor Dr.-Ing. Frühauf zum Sekretär des Forschungsrates, der gleichzeitig erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Forschungsrates ist, ernannt. Er wurde zum Staatssekretär und Mitglied des Ministerrats berufen. Wir beglückwünschten Genossen Prof. Frühauf, der trotz seiner Belastung sich unermüdet als verbesserter Hochschullehrer um die Verbesserung der Ausbildung seiner Studenten bemüht, zur Übernahme dieser wichtigen Funktion und zur Auszeichnung, die in der Berufung zum Mitglied des Ministerrats liegt.

Freundschaftsverträge

Kürzlich konnten wir von dem Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen der TH und dem VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden berichten.

Weitere Freundschaftsverträge mit dem VEB Glashütter Uhrenbetriebe und dem VEB Sachsenwerk Niedersieditz stehen kurz vor ihrem Abschluß.

Diese Verträge haben vor allem den Zweck, den Betrieben durch die Institute unserer Hochschule alle Unterstützung bei der Realisierung des Planes „Neue Technik“ zu gewähren. Der VEB Glashütter Uhrenbetriebe nannte Themen, die von Instituten der TH bearbeitet werden könnten.

Hier seien nur erwähnt, die automatische Stärkeprüfung an Kleinsteilen, die Automatisierung des Räderrichtens, die Messung kleiner Kegel an Drehteilg usw.



Dipl.-Wirtsch. Gerhard Schill (l. von rechts) wurde zum Oberbürgermeister Dresdens gewählt. Die Angehörigen der TH Dresden freuen sich darüber sehr, hat sich Genosse Schill doch in der Vergangenheit stets für eine enge Verbindung zwischen der Stadt Dresden und der TH eingesetzt, wie auch unser Bild vom Besuch der Bezirksleitung Dresden an der Fakultät Bauwesen zeigt.

Was die erste Kontrolle ergab

Über eine Aussprache im Rat des Bezirks

In der „HZ“ Nr. 10/61 berichteten wir über eine Besprechung von Vertretern des Rates des Bezirks und des Rates der Stadt mit dem Senat unserer Hochschule über die Möglichkeiten einer noch besseren Zusammenarbeit. In dieser Beratung war vereinbart worden, bis zum 15. Juni dieses Jahres das Programm festzulegen, welche dringenden Aufgaben noch in diesem Jahr gelöst werden müssen, ferner für die im Programm aufgeführten Punkte die Verantwortlichen zu bestimmen und die Verwirklichung der gemeinsamen Aufgaben vierwöchentlich zu kontrollieren.

Eine solche erste Kontrolle durch je einen Vertreter des Rates des Bezirkes, des Rates der Stadt und der Technischen Hochschule fand am 23. Juni statt. Und das Ergebnis war recht erfreulich.

So wurde zunächst - wie festgelegt - in der Ratssitzung vom 12. Juni der gemeinsam erarbeitete Programmwurf mit den Schwerpunktaufgaben bis Ende dieses Jahres beschlossen. Gleichzeitig wurden auch bestimmte Maßnahmen eingeleitet, um das Festgelegte auch zu realisieren.

So konnte die Fertigstellung der 120 Wohnungseinheiten der AWG Dresden-Süd für 1961 gesichert werden. -

Auch der Forderung nach stärkerer Einbeziehung der Wissenschaftler unserer Hochschule in die Arbeit der ständigen Kommissionen wurde Rechnung getragen. Die Stadtverordneten wählten z. B. die Herren Professoren Münter, Funk und Wiel in die Ständige Kommission „Bauwesen“. Auch in den Kommissionen „Kommunale Wirtschaft und Verkehr“ und „Landwirtschaft“ werden Wissenschaftler der TH mitarbeiten.

Leider ist man von seiten des Wirtschaftsrates noch nicht mit Themenvorschlägen für bestimmte Aufgaben, an deren Lösung die örtlichen Organe besonders interessiert sind, an die Hochschule herangetreten, obwohl die Institute ihre Bereitschaft zur Unterstützung bekundet haben und der Termin für die Überarbeitung und Vorlage, der 30. Juni, in greifbare Nähe rückt. Die Hochschule ihrerseits reichte entsprechend ihrer Verpflichtung den Gesamtbebauungsplan der Hochschule, der auf dem Siebenjahrplan basiert, am 21. Juni ein. Herr Eichhorn, der stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirkes, leitete in diesem Zusammenhang inzwischen auch die ersten Maßnahmen ein. Es fanden bereits zwei Arbeitsberatungen über die für die folgenden Jahre geplanten Investitionsmaßnahmen der Technischen Hochschule statt.

Gegenstand der Diskussion bei der ersten Beratung mit dem Senat unserer Hochschule war auch der schleppende Fortgang des Baus unseres Studentenwohnheimes an der Christianstraße gewesen. Die Herren Professoren Lewicki und Rettig überprüften diese Angelegenheit. Technologische Schwierigkeiten, Mangel an Stahl in der vorgesehenen Qualität und Hindernisse bei der Herstellung der erforderlichen Betonelemente führten zur Verzögerung des Baus, so daß statt am 1. Mai erst am 1. oder 10. Juli mit den Montagearbeiten begonnen werden kann. Der Investträger muß sich daher bei der Staatlichen Plankommission darum bemühen, daß die Investmittel, die in diesem Jahre nicht mehr verbaut werden können, auf 1962 umgelegt werden.

Eine Lösung, wie die neuimmatrikulierten Studenten befriedigend untergebracht werden können, wurde noch nicht gefunden. Es muß aber betont werden, daß von seiten des Rates des Bezirkes alle Anstrengungen unternommen werden, die TH dabei zu unterstützen. Gleiches kann vom Rat der Stadt in diesem Umfang nicht gesagt werden. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß zwei der verantwortlichen Kollegen zur Zeit krank sind.

Die nächste gemeinsame Kontrolle der beschlossenen Maßnahmen wird am 31. Juli im Rat des Bezirkes stattfinden.

Erhard Lips

Fruchtbare Aussprache

um die Fragen der Ausbildung von Technologen

„Wie kann die Technische Hochschule Dresden den Forderungen der Industrie auf dem Gebiete der Technologie besser gerecht werden?“ Zu diesem Thema sprach Herr Dr.-Ing. Northmann von der TH Dresden. Die Tatsache, daß Herr Professor Ing. Dr. Prikryl von der TH Prag über die Erfahrungen seiner Hochschule berichtete, ließ einen fruchtbaren Gedankenaustausch auf dem Gebiet der Ausbildungsmethoden erwarten.

Und diese Erwartungen erfüllten sich. Über der Tagung stand die Lösung „Wissenschaftliche Technologie ist die Voraussetzung zur sprunghaften Steigerung der Arbeitsproduktivität“. Daraus folgt die Forderung der Industrie nach wissenschaftlich ausgebildeten Technologen. Tatsächlich leidet die Industrie gegenwärtig an einem akuten Mangel an Technologen, die Hoch- oder Fachschulen besucht haben.

Die Referate waren Anlaß eines regen Gedankenaustausches darüber, wie die Ausbildung der Technologen an den Hochschulen erfolgen muß. Es entwickelte sich zum Beispiel ein interessantes Streitgespräch um die Frage, ob dem universell ausgebildeten Technologen oder dem auf einem Spezialgebiet ausgebildeten der Vorzug zu geben ist. Ein Problem, das verdient, gründlich zu Ende diskutiert zu werden.

Wenn man von der Zielstellung des Kolloquiums ausgeht, wäre es vielleicht günstiger gewesen, Herr Dr.-Ing. Northmann hätte als Ausgangspunkt die Frage gewählt: „Wie muß der Technologie aussehen, den unsere Industrie zum Aufbau des Sozialismus braucht?“ und wäre dann auf die Ausbildungsmethoden eingegangen. Aus der Fragestellung leitet sich ab, welches Wissen und welche Fähigkeiten vermittelt bzw. aneignen werden müssen, welche Eigenschaften den künftigen Technologen auszeichnen sollen, um Leiter eines Kollektivs sein und neuen Arbeitsmethoden den Weg bahnen zu können. Aus diesem Komplex ergeben sich dann Fragen

der Methodik, z. B.: ob die gegenwärtigen Methoden ausreichen, um den Anforderungen der Praxis gerecht zu werden. Da spielen solche Gesichtspunkte, wie z. B. die Ausbildung bereits praxisgerecht durchgeführt werden kann, worauf besonderes Schwergewicht zu legen ist, eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang muß auch die Frage des zweckmäßigsten Studiums genannt werden (Fern- oder Direktstudium, Kombi-Studium).

Herr Prof. Ing. Dr. Prikryl von der TH Prag ging bei seinen Darlegungen von ökonomischen und politischen Forderungen des sozialistischen Aufbaus aus und zeichnete ein Bild, welche Qualifikation der Technologie, der diesen Forderungen gerecht werden soll, haben muß. Anschließend erläuterte er dann sehr anschaulich die Methode, die man an der TH Prag anwendet. Dabei wurde deutlich, daß großer Wert auf die Erziehung der Studenten zu politisch und ökonomisch denkenden Menschen gelegt wird.

Insgesamt kann dieses Kolloquium als ein guter Beginn einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit den derzeitigen Ausbildungsmethoden an der TH Dresden gewertet werden. Sicher ist es keine bloße Behauptung, wenn ich feststelle, daß dieser Gedankenaustausch für beide Seiten wertvolle Anregungen brachte und Anlaß ist, bestimmte Probleme erneut zu durchdenken und eventuell bestimmte Änderungen durchzuführen.

Herr von Hassel und das Jahr 2000

Das von Ministerpräsident Chruschtschow dem amerikanischen Präsidenten Kennedy in Wien überreichte Memorandum über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems wird auch von den Angehörigen unserer Hochschule begrüßt.

Bei einigen Kollegen tritt aber auch die Frage auf, ob der Abschluß eines Friedensvertrages nicht die Spaltung Deutschlands vertiefen könnte. Einerseits wird also von diesen Kollegen der Abschluß eines Friedensvertrages begrüßt, andererseits sind sie besorgt, daß der Friedensvertrag dem Wunsch des deutschen Volkes nach einer baldigen und friedlichen Überwindung der Spaltung widersprechen könnte.

Besteht nun tatsächlich solch ein Widerspruch zwischen den nationalen Interessen des deutschen Volkes und dem Abschluß eines Friedensvertrages? Nein.

Das sowjetische Memorandum geht von vornherein davon aus, daß ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden soll. In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen;

Die Prager Professoren und Dozenten begrüßten ebenfalls von Herzen das Memorandum der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, zur Neutralisierung Westberlins und zur Einstellung der Kernwaffenversuche.

„Erlauben Sie mir“, erklärte Professor Kvasil auf dem Empfang des Rektors, „daß ich Ihnen im Namen unserer Delegation und im Namen der Technischen Hochschule Prag unsere volle Unterstützung zu den Vorschlägen Ihrer Regierung und der Sowjetunion für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems versichere. Möge sich die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen und fortschrittlichen deutschen Menschen und der Bevölkerung der CSSR zum Nutzen unserer Völker für Frieden und Wohlstand weiter festigen!“

daß im Laufe der nächsten 6 Monate die Deutschen nach Möglichkeiten zu Übereinkommen in Fragen ihrer inneren Kompetenz suchen sollen. Allein schon dieser Vorschlag würde bei seiner Verwirklichung zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten führen.

Was aber geschieht, wenn Adenauer wieder - wie bereits mehr als hundertmal - nein sagt? Was geschieht, wenn auch die USA nicht bereit sind, einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zu unterzeichnen? Wir wissen, daß in diesem Fall die Sowjetunion und andere interessierte Staaten allein mit der DDR einen Friedensvertrag abschließen werden. Dies würde doch keineswegs die Ursache für eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands sein, denn der Friedensvertrag entspricht ja den Interessen des ganzen deutschen Volkes. Die eigentliche Ursache für das Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten liegt in der antinationalen Politik der westdeutschen Regierung und ihrer Hintermänner.

Sie haben von Anfang an den westlichen Teil Deutschlands aus dem Nationalverband herausgelöst und die nationalen Interessen der NATO gepopfert.

Ein Friedensvertrag würde einen Schlusstrich unter den letzten Weltkrieg ziehen und vor allen Dingen verhindern, daß von Deutschland ein dritter Weltkrieg ausgehen kann.

Am 22. Juni 1961 jährte sich zum 20. Male der Tag, an dem die faschistischen Truppen Hitlerdeutschlands unter Bruch des Nichtangriffspaktes die Sowjetunion hinterrücks überfielen.

7 Millionen sowjetische Bürger fielen in diesem Krieg der barbarischen Ausrottungspolitik Hitlerdeutschlands zum Opfer. Das deutsche Volk hatte im zweiten Weltkrieg insgesamt 6,5 Millionen Todesopfer zu beklagen. 75 bis 85 Prozent aller Verluste der deutschen Armee entstanden im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion. Die führenden Politiker im Bonner Staat haben aber nichts aus der Vergangenheit gelernt. So rief der CDU-Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, von Hassel, aus: „Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie: wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben... Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahr der Oktoberrevolution werden.“

Die Adenauer und Strauß schreien immer lauter nach Atomwaffen, um diesen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Angesichts dieser Tatsachen und der Lehren der Vergangenheit ist ein Friedensvertrag mit Deutschland zum Alpha und Omega der Erhaltung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt geworden.